

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 43. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Juli 2015, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

i.V. von Regina Poersch

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:**Seite****1. Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa zum Jahresplan SH-Syddanmark 2015/2016**

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/4511](#)**2. Bundesratsinitiative zur Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/2693](#)(überwiesen am 19. Februar 2015 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)hierzu: [Umdrucke 18/4357, 18/4388, 18/4411, 18/4421, 18/4430, 18/4457, 18/4458, 18/4493, 18/4535](#)**3. Entwurf einer Resolution für die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock/Warnemünde vom 30. August bis 1. September 2015****4. Bundesratsangelegenheiten**[Umdruck 18/4543](#)**5. Bericht über das Kieler-Woche-Ostseejugendforum****6. Bericht der Landesregierung über Aktivitäten im Rahmen des EFSI****7. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**Umdruck [18/4574](#)**8. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen**Plenarprotokoll der 111. AdR-Sitzung, [Umdruck 18/4569](#)Einladung zur 112. AdR-Sitzung, [Umdruck 18/4570](#)Einladung zur 113. AdR-Sitzung, [Umdruck 18/4571](#)**9. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Einvernehmlich setzt der Ausschuss folgende Punkte von der Tagesordnung ab:

- **Europäisches Jahr der Entwicklung - Bericht der IHK über Aktivitäten Schleswig-Holsteinischer Unternehmen weltweit**
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Umdruck 18/4473](#)
- **Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen**
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/2449](#) - selbstständig -
- **Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte**
Europabericht 2014 - 2015
Bericht der Landesregierung - [Drucksache 18/2976](#)
- **Entwurf des Terminplans der Sitzungen des Europaausschusses für das Jahr 2016**
[Umdruck 18/4572](#)
- **Bundesratsangelegenheiten**
[Umdruck 18/4543](#)

Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa zum Jahresplan SH-Syddanmark 2015/2016

Antrag der Fraktion der CDU
[Umdruck 18/4511](#)

Frau Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, führt aus, der Jahresplan Schleswig-Holstein-Syddanmark 2015/2016 sei ein wichtiger Eckpfeiler für die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Die Unterzeichnung habe am 4. Juni 2015 in Apenrade stattgefunden.

den. In diesem Zusammenhang bedauert sie, dass die Einladungen kurzfristig verschickt worden seien, und entschuldigt sich dafür.

Sie berichtet ferner, dass Carl Holst zum Minister für Verteidigung und für die nordische Zusammenarbeit in das dänische Kabinett berufen worden sei. Seine Aufgabe im Zusammenhang mit der deutsch-dänischen Zusammenarbeit habe Stefanie Loose übernommen, mit der sie zügig Kontakt aufnehmen werde.

Im Folgenden stellt sie ausführlich den Jahresplan Schleswig-Holstein-Syddanmark 2015/2016 vor (Anlage 1).

Abg. Damerow hält die Vereinbarung im Hinblick auf den Gesundheitsbereich für enttäuschend.

Abg. Pauls bedankt sich für den Bericht sowie die Aktivität der Ministerin im Bereich der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Sie halte dies für eine lebendige Zusammenarbeit, die mit Aktivitäten und Leben erfüllt werde.

Zu der Kritik der Abg. Damerow führt sie aus, dass es bereits eine Reihe von guten Beispielen für Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus gebe.

Abg. Damerow erwidert, dass ihr dies durchaus bewusst sei. Allerdings werde hier von einem Jahresplan und einer Vereinbarung gesprochen. Sie hätte es schön gefunden, wenn etwa bei den Meilensteinen auch Beispiele auf deutscher Seite erwähnt worden wären. Im Übrigen spricht sie ein von INTERREG gefördertes Programm im Bereich der Feuerwehr an und erkundigt sich danach, ob es Möglichkeiten gebe, dieses in der neuen Förderperiode mit einem neuen Projekt fortzusetzen.

Ministerin Spoorendonk bestätigt, dass es eine Reihe von Aktivitäten im Gesundheitsbereich im Rahmen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit gebe. Im Jahresplan seien nur neue Projekte aufgeführt. In diesem Bereich sei im Übrigen wieder Bewegung hineingekommen. Die Krankenkassen seien bereit, über ein Pilotprojekt nachzudenken.

Herr Seidler, Koordinator für die Zusammenarbeit mit Dänemark im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, beantwortet eine Frage der Abg. Damerow dahin, dass es sich bei einem Projekt im Bereich der Feuerwehren um ein Projekt der grenzübergreifenden Gefahrenabwehr gehandelt habe. Es habe sehr gut funktioniert. Es werde überlegt, ein Nachfolgeprojekt zu etablieren. Dafür müssten allerdings andere Themenbereiche gefunden werden. Er fügt hinzu,

durch die Ministererklärung solle eine Erleichterung für den Einsatz des THW nördlich der Grenze geschaffen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bundesratsinitiative zur Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/2693](#)

(überwiesen am 19. Februar 2015 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/4357](#), [18/4388](#), [18/4411](#), [18/4421](#), [18/4430](#), [18/4457](#),
[18/4458](#), [18/4493](#), [18/4535](#)

Der Ausschuss schließt sich einstimmig dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf einer Resolution für die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock/Warnemünde vom 30. August bis 1. September 2015

Herr Bahr, Generalsekretär der BSPC, gibt einen Überblick über die nächste Konferenz sowie den Entwurf einer Resolution (Anlage 2).

Herr Bahr antwortet auf eine Frage des Vorsitzenden, dass es Vorschläge des Ostseejugendforums gebe, die sich schwerpunktmäßig auf den Erziehungssektor bezögen.

Abg. Voß schlägt vor, während der nächsten Plenartagung eine Sitzung der Teilnehmer der Konferenz auf Einladung des Landtagspräsidenten durchzuführen, um über mögliche Änderungsanträge zu diskutieren. - Der Europaausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Herr Bahr legt dazu dar, dass es zwei Möglichkeiten gebe, nämlich dass erstens der Beschlussvorschlag geändert werde oder zweitens die schleswig-holsteinische Delegation Änderungsanträge einbringe. Im Folgenden gibt er einen kurzen Überblick über die Ergebnisse des Ostseejugendforums (Anlage 3).

Abg. Matthiessen regt an, eine Formulierung aufzunehmen, nach der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, den Antibiotika-Einsatz in der Tiermast so zu regulieren, dass vor dem Hintergrund der entstehenden resistenten und multiresistenten Keime vermieden werde, Reservemedikamente der Humanmedizin in der Tiermedizin zu verwenden.

Herr Bahr bejaht die Fragen der Abg. Pauls, ob die Themen E-Health, medizinische Versorgung im ländlichen Bereich und schnelle Diagnostik thematisiert würden.

Auf einen Hinweis des Abg. Baasch hinsichtlich eines E-Health-Drains insbesondere in baltischen Staaten legt Herr Bahr dar, dass damit ein großes Problem aufgegriffen werde, das insbesondere bei der kommenden Präsidentschaft Lettlands thematisiert werden werde. Es gehe hier auch um die Frage, ob beispielsweise für Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen über Ausgleiche nachzudenken sei.

Auf Fragen des Abg. Weber legt Herr Bahr dar, bei der Frage der Umsetzung der Resolutionen der BSPC bewege man sich seit Jahren ein Stück vorwärts. So gebe es beispielsweise Parlamente, die die Resolution des BSPC als eigene Beschlüsse fassten, ihnen zustimmten und sie mit dieser Legitimation an ihre Regierung zuleiteten. Andere Parlamente leiteten sie ihren Regierungen ohne Parlamentsbeschluss zu. Eingebürgert habe sich, dass berichtet werde, was aus den einzelnen Forderungen geworden sei. Gegenwärtig werde auf der Grundlage der zurückliegenden Berichte eine wissenschaftliche Evaluation durchgeführt, um die Substanz der Konferenz und der darauf gefassten Beschlüsse nachvollziehbar zu machen.

Zum Input legt er dar, dass es sich teilweise um dynamische Prozesse handele. Aus unterschiedlichen Interessen kämen unterschiedliche Aspekte hinein. Daraus ergebe sich ein Konklumerat. Es bestehe durchaus die Möglichkeit, einzelne Punkte, die von einer Delegation für notwendig erachtet würden, in die Resolution aufzunehmen. Dabei sei oberster Gesichtspunkt, was konsual miteinander vereinbart werden könne.

Herr Bahr sagt zu, in der Resolution zu kennzeichnen, welche Beschlüsse auf den Vorschlägen der Jugendlichen aus dem Ostseejugendforum basierten.

Herr Bahr sagt auf Bitte der Abg. Damerow ferner zu, dem Ausschuss eine deutsche Übersetzung des Resolutionsentwurfs zuzuleiten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht über das Kieler-Woche-Ostseejugendforum

Herr Schlie, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags, gibt den aus der Anlage 4 ersichtlichen Bericht ab.

Abg. Waldinger-Thiering würde es begrüßen, wenn das Ostseejugendforum auf die von Präsident Schlie vorgeschlagene Ebene angehoben würde. Sie begrüßt ebenfalls den Vorschlag einer Andockung an den Sitzungsrhythmus des BSPC.

Abg. Pauls bedankt sich insbesondere beim Landesjugendring und der Europa-Union für die Mithilfe bei der Organisation. Sie regt an, den Zugang zu Jugendlichen nicht nur über Universitäten zu suchen, sondern auch vergleichbare Organisationen wie den Landesjugendring in anderen Ländern zu involvieren. Für problematisch halte sie den Vorschlag, das Alter der Jugendlichen auf 30 heraufzusetzen.

Herr Bahr, Generalsekretär des BSPC, teilt die Überlegung, dass man darüber nachdenken müsse, wie man das Ostseejugendforum verstetigen könne. Im Übrigen schließt er sich dem geäußerten Dank an. Er merkt an, dass er, obwohl es nur elf Teilnehmer gegeben habe, festgestellt habe, dass hochkarätige Diskussionen stattgefunden und produktive Vorschläge gemacht worden seien. Er regt an, über eine Heraufsetzung des Alters und über den Zweijahresrhythmus nachzudenken; letzterer würde in das Sitzungsschema des BSPC passen.

Auch Abg. Damerow schließt sich dem geäußerten Dank an und hält einen Zweijahresrhythmus für sinnvoll, sofern eine Andockung an die BSPC erfolge. Sie verstehe die Beratung als einen ersten Schritt und regt an, zu überlegen, wie weiter darüber beraten werden könne. Beispielhaft nennt sie eine Besprechung beim Landtagspräsidenten.

Auch Abg. Voß bedankt sich und begrüßt die Vorschläge hinsichtlich eines Zweijahresrhythmus sowie der Andockung an das Ostseeparlamentarierforum. Auch er schlägt vor, sich bei der Gewinnung von Jugendlichen nicht nur an Hochschulen zu orientieren, sondern an vergleichbaren Organisationen wie dem Landesjugendring.

Abg. Weber schließt sich ebenfalls den gemachten organisatorischen Vorschlägen an und hält es für sinnvoll, darüber nachzudenken, wie es gelingen könne, in Zukunft geeignete An-

sprechpartner im Ostseeraum zu erhalten. Für sinnvoll hält er eine nachvollziehbare und erkennbare Struktur, sodass der Hintergrund und die Legitimation der Jugendlichen erkennbar seien.

Frau Schmidt Holländer, Leiterin des Referats Europaangelegenheiten, Ostseekooperation, Minderheiten im Schleswig-Holsteinischen Landtag, legt dar, dass es in diesem Jahr eine große Herausforderung gewesen sei, junge Leute für das Ostseejugendforum zu gewinnen. Das sei zum Teil über Parlamente gelaufen, die über Jugendparlamente verfügten. In Schleswig-Holstein sei es über den Landesjugendring gegangen. Der Kandidat für Schleswig-Holstein habe über eine entsprechende Facebook-Seite gewonnen werden können. Insgesamt sei zu sagen, dass die Situation im Ostseeraum sehr heterogen sei.

Was von den Abgeordneten eingefordert werde, sei etwas, was man langfristig im Blick habe. Es gebe allerdings im Ostseeraum bisher keine funktionierende Struktur. Sie schlägt vor, zu versuchen, die Anregungen aufzugreifen und gegebenenfalls eine Quotierung einzuführen. Das halte sie für eine realistische Herangehensweise.

Herr Bahr bedankt sich für die gute und hoch engagierte Zusammenarbeit mit der Landtagsverwaltung. Er hält es für eine besondere Motivation für die Jugendlichen, wenn sie das Ergebnis ihrer Beratungen auf der BSPPC vortragen könnten. Die Teilnehmer an dem Ostseejugendforum seien gut vorbereitet gewesen, hätten Unterlagen frühzeitig erhalten und seien entsprechend qualifiziert gewesen. Außerdem hätten die Bereitschaft und die Möglichkeit bestanden, mit politischen Repräsentanten zu diskutieren. Er sei bereit, den Gedanken aufzugreifen, in die Resolution eine Formulierung in die Richtung aufzunehmen, dass die Jugendzusammenarbeit im Ostseeraum etabliert werden sollte.

Der Vorsitzende greift einen Vorschlag der Abg. Damerow auf und schlägt vor, dass sich die europapolitischen Sprecher zu diesem Themenbereich auf Einladung des Präsidenten treffen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über Aktivitäten im Rahmen des EFSI

Herr Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, berichtet, es gehe um eine Investitionsoffensive, die die EU ausgerufen habe. Es sei die Rede davon gewesen, dass es in den Jahren 2015 bis 2019 um 315 Milliarden € an öffentlichen und privaten Mitteln gehe. Damit seien einige Schwierigkeiten verbunden. EFSI sei der Europäische Fonds für strategische Investitionen. Dazu gebe es auch eine entsprechende Verordnung.

Zur Finanzkonstruktion führt er aus, dass es einen Stammkapital von 21 Milliarden € aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank und EU-Garantien gebe, davon 5 Milliarden € von der Europäischen Investitionsbank und 16 Milliarden € aus einem Garantiefonds der EU. Von diesen seien 8 Milliarden € durch haushaltsneutrale Umschichtungen ermöglicht worden.

Aus diesen Mitteln sollten ÖPP-Projekte mit gemischter Finanzierung gefördert werden. Der Hebelsatz sei 15, sodass aus 31 Milliarden € 315 Milliarden € würden. Daran, dass das gelinge, könne man durchaus nicht unberechtigte Zweifel haben.

Das Verfahren sei in der Koordinierung nicht besonders ausgeprägt gewesen. Man habe zunächst einmal die Mitgliedstaaten aufgefordert, Projekte zu benennen. Die Landesregierung habe in Brüssel ein Gespräch mit dem Kabinettschef von Herrn Juncker, Herrn Seeberger, geführt. Dieser habe wörtlich mitgeteilt, dass die zu Beginn von den Mitgliedstaaten eingereichten Listen mit Projekten keine Bedeutung hätten. Auf die Nachfrage, was denn Bedeutung habe, sei geantwortet worden, dass ein Business Case vorliegen müsse, also eine Mischung aus öffentlichem und privatem Kapital, und es müsse etwas Neues sein, was ansonsten nicht finanziert würde.

In Schleswig-Holstein müsse überlegt werden, welche Möglichkeiten vor dem Hintergrund dieses Programmes existierten. Es gebe einen Projektbeirat bei der Europäischen Investitionsbank, die diese Projekte bewerte. Es gebe auch Gesprächsangebote der Generaldirektion.

In Schleswig-Holstein gebe es drei Schwerpunktprojekte. Das erste sei eines, das die Investitionsbank Schleswig-Holstein mit sieben bis neun anderen Partnern für Deutschland insgesamt plane, nämlich die Finanzierung eines sogenannten Innovationskredites für kleine und mittlere Unternehmen. Da gehe es insbesondere darum, einzelnen KMU zu helfen. Dies müs-

se mit anderen Förderprogrammen kompatibel sein. Hier würden schon relativ konkrete Gespräche geführt.

Das zweite Projekt sei das LNG-Terminal in Brunsbüttel. Dieses Terminal könne auf drei Ebenen diskutiert werden. Die erste Ebene sei die Schiffsversorgung. Die zweite Ebene sei die Energieversorgung mit LNG bei großen Energieunternehmen, die es im Industriepark Brunsbüttel gebe. Die dritte sei die strategische Frage, ob man unter strategischen Perspektiven in der Bundesrepublik ein LNG-Terminal benötige. Nach Auffassung der Landesregierung sollte es in Deutschland ein Terminal in Brunsbüttel geben. Hier gebe es auch bereits entsprechende Gespräche mit Investoren.

Der dritte Schwerpunkt sei ein sogenannter maritimer Datenhighway. Hier gehe es darum, dass die Internetfähigkeit auf Schiffen im küstennahen Bereich ermöglicht werde. Dazu gebe es bereits weitgehende Gespräche der Küstenländer mit Unternehmen und dem Bundesverkehrsministerium.

Geprüft werde, ob es im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau in Schleswig-Holstein Fördermöglichkeiten gebe im Hinblick auf die Errichtung eines sogenannten Landes-Backbone-Netzes.

Man müsse nun zu konkreten Projekten kommen, die man in Gesprächen mit Brüssel weiterentwickeln müsse.

Der Vorsitzende bittet den Minister, den Ausschuss zeitnah auf dem Laufenden zu halten.

Von Abg. Damerow auf eine mögliche Bürgschaftserklärung für den Breitbandausbau insbesondere an der Westküste angesprochen, legt Minister Meyer dar, er befürchte, dass diese Projekte auf europäischer Ebene zu klein seien. Er werde die Anregung allerdings mitnehmen. Er berichtet, dass in diesem Bereich gute Erfahrungen mit Zinssubventionen gemacht worden seien. - Minister Meyer versichert, dass das Backbone-Projekt genau diesen Ansatz verfolge.

Auf die Frage des Abg. Voß, über welche Beträge gesprochen werde, nennt Minister Meyer einige vorläufige Zahlen und sagt zu, dem Ausschuss diese Zahlen nachzureichen. Im Bereich des Innovationskredites der I-Bank sei mit einem mindestens dreistelligen Millionenbetrag zu rechnen. Für Brunsbüttel arbeite man gerade an dem Business Case. Hier sei noch politische Unterstützung aus dem Bundeswirtschaftsministerium notwendig. Den Betrag für den maritimen Datenhighway werde er nachliefern. Bei der Landes-Backbone-Struktur liege man je nach Ausbaustand zwischen 20 und 80 Millionen €

Abg. Voß bestätigt aus Gesprächen in Brüssel, dass man insbesondere beim Thema LNG Brunsbüttel bei der Bundesregierung noch Überzeugungsarbeit leisten müsse.

Auf Nachfragen des Abg. Weber legt Minister Meyer dar, dass es nicht - wie bei INTERREG-Programmen - so sei, dass man etwa Partner aus drei Mitgliedstaaten brauche. Es gebe eine originäre Fixierung auf die Projekte. Der Projektbeirat sei bei der Europäischen Investitionsbank. Sie schauten eher auf die von ihm genannten Kriterien. Ansonsten wäre dies nicht finanzierbar gewesen.

Auf die einzelnen Projekte bezogen müsse man sehr unterschiedlich herangehen. In den baltischen Staaten werde gerade ein LNG-Terminal errichtet. Damit sei für die EU der Bereich der Ostsee bereits erledigt. Das habe auch viel damit zu tun, dass die baltischen Staaten eine Abhängigkeit von der russischen Energieversorgung befürchteten und nach Alternativen suchten.

Für den Bereich der Nordsee und damit für Deutschland sehe die Generaldirektion Energie ein Terminal. Vor dem Hintergrund, dass es in Wilhelmshaven entsprechende Überlegungen gebe, bedürfe Brunsbüttel Unterstützung sozusagen im innerdeutschen Wettbewerb. Das Hauptproblem sei im Moment allerdings noch die fehlende Unterstützung des Bundeswirtschaftsministers.

Beim maritimen Datenhighway helfe sicherlich, dass die gesamte Küste in Deutschland erfasst würde und sozusagen fünf Bundesländer dabei wären. Das Landes-Backbone-Netz wäre zunächst einmal auf Schleswig-Holstein bezogen. Der Vorteil sei, ein Thema im Rahmen der digitalen Agenda zu haben, das in Brüssel im Zusammenhang mit Breitband positiv gesehen werde.

Ein bisschen Sorge mache, dass Abstimmungsfragen mit der Bundesregierung schwierig seien. Es gebe bereits erste Projekte, die bewilligt worden seien. Sie stammten alle nicht aus Deutschland.

Der Vorsitzende bittet um erneuten Bericht zu gegebener Zeit.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

Umdruck [18/4574](#)

Auf eine Frage der Abg. Pauls hinsichtlich der reduzierten Anzahl von Vorlagen erteilt Herr Fritsche, Koordinierungsstelle, EU-Subsidiaritäts-Frühwarnsystem bei der Landtagsverwaltung, mit, die EU habe entschieden, zunächst einmal der Frage nachzugehen, welche Grundprinzipien aufgebaut werden sollten und wie dann sukzessive insbesondere in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten einzelne Rechtsetzungsvorschläge entwickelt werden könnten. Ein wesentlicher Teil des neuen Arbeitsprogramms sei, die Rechtssetzungsakte zu überprüfen. Im Moment gebe es viele Strategiepapiere, die unter den Aspekt europapolitische Schwerpunkte fielen, aber wenig Frühwarndokumente.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Plenarprotokoll der 111. AdR-Sitzung, [Umdruck 18/4569](#)

Einladung zur 112. AdR-Sitzung, [Umdruck 18/4570](#)

Einladung zur 113. AdR-Sitzung, [Umdruck 18/4571](#)

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Stellv. Geschäfts- und Protokollführerin